

PRESSESTIMMEN

UKRAINISCHE GEGENOFFENSIVE

Tages-Anzeiger

„Botschaft“ Nun hat die Ukraine klargemacht, dass sie auch nach über einem halben Jahr verlustreichen Kampfes die Russen noch immer das Fürchten lehrt. Die Ukraine hat sich bewiesen, dass sie in der Lage ist, eine starke Gegenoffensive zu starten. Genauso wichtig ist die Botschaft an den Westen, denn dort hat die Diskussion längst begonnen, ob die massiven Waffenlieferungen an die Ukraine in diesem ungleichen Krieg wirklich den großen Unterschied machen.

■ Tages-Anzeiger, Zürich



„Zerstörungswut“ Wie wird Vladimir Putin reagieren? Besteht nicht die Gefahr, dass er in seiner Zerstörungswut zum großen Vergeltungsschlag ausholt? Mit dem einzigen Ziel, zu zeigen, dass er nach wie vor über die Macht verfügt, anderen zu schaden.

■ Libération, Paris

KALENDERBLATT



Foto: AP

DAS GESCHAH AM ...

13. September

■ 1837: Erste Fahrt der DDSG von Wien nach Linz mit der „Maria Anna“, einem nach der Gemahlin von Kaiser Ferdinand I. benannten hölzernen Dampfer für 250 Passagiere. Die Fahrt dauert 55 Stunden und 22 Minuten.

■ 1992: Spatenstich für das Regierungsviertel in Niederösterreichs Landeshauptstadt St. Pölten.

■ 2007: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) kippt das oberösterreichische Gentechnik-Anbauverbot endgültig.

■ Geburtstag: Michael Johnson, US-Leichtathlet (Bild; *1967)

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf der Dialogseite und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Sparvisionärin

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

CHRISTIAN MADER

Der neue Lobbyist der Gemeinden

VON HEINZ STEINBOCK

Ab heute Nachmittag wird er das neue Sprachrohr für 435 oberösterreichische Gemeinden sein: Auf dem Landes-Gemeindetag in Vöcklabruck wird der 42-jährige Christian Mader, VP-Bürgermeister der 1400-Einwohner-Gemeinde Schlatt, zum Präsidenten des Oberösterreichischen Gemeindebundes gewählt.

Auf seiner persönlichen Agenda habe er dies zu Jahresbeginn noch nicht gehabt, sagt er, immerhin ist er erst seit vergangenen Herbst auch Landtagsabgeordneter. Als er im Februar kontaktiert wurde, ob er das „ehrenwerte Amt“ (Zitat Mader) übernehmen würde, habe er sich „etwas Zeit gelassen, zu überlegen“. Dennoch: Sein Wunschkandidat sei Mader jedenfalls gewesen, sagt der scheidende Gemeindebundpräsident Johann Hingsamer.

In der Gemeindepolitik ist der Bauernbündler jedenfalls seit jungen Jahren verankert. In Schlatt war Mader JVP-Ortsgruppenobmann, mit 24 Jahren zog er in den Gemeinderat ein. Eine Periode später wurde er Gemeindevorstand und 2015 erstmals Bürgermeister von Schlatt, bei der Wiederwahl 2021 gab es keinen Gegenkandidaten. Dass er auch im Landtag sitzt, sieht er nunmehr im Licht seines künftigen Amtes wegen der „kurzen Wege“ zu den persönlich bekannten Mitgliedern der Landesregierung praktisch.

Apropos kurze Wege: Die wird es auch zum Präsidenten des oberösterreichischen Städtebunds, dem Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SP), geben – und dies auch familiär bedingt. Denn Maders Schwester Michaela ist mit Luger verheiratet. „Wir haben es noch nicht



Neuer Gemeindebundchef

Foto: Weibold

praktiziert, aber ich kann mir durchaus vorstellen, bei einem Achterl ein Thema vorzubesprechen“, sagt Mader.

Privat ist Christian Mader ein Familienschmuck, mit Ehefrau Veronika, einer Lehrerin, hat er zwei Kinder: die fünfeinhalbjährige Tochter Emilia und den zwei Jahre alten Sohn Lorenz. Die Familie bewirtschaftet noch einen landwirtschaftlichen Eigengrund – „ohne Tierbestand, mithilfe des Nachbarn und dank der hohen Vitalität meines 81-jährigen Vaters“, schildert Mader.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON LUCIAN MAYRINGER



Karl Nehammers explosive Erbschaft

Laura Sachslehner hat der Volkspartei zwei Wochen vor einer schwierigen Wahl im schwarzen Kernland Tirol und in einer Phase, in der die SPÖ als Hauptkonkurrentin im Zwischentief steckt (Stichwort Wien Energie), schwer geschadet. Mit ihrem eigenmächtigen Eskalationskurs Richtung Koalitionsbruch ließ die Generalsekretärin Parteiohmann Karl Nehammer gar keine andere Wahl, als sich ihrer zu entledigen. Die Probleme des Kanzlers sind damit nicht weniger, sondern, ganz im Gegenteil, nur noch sichtbarer geworden.

Sachslehner musste ihr Büro in der Parteizentrale räumen, was sie aber im Abgang, aufgehängt am Klimabonus für Asylwerber, mit vernichtender Kurskritik verband.

„Der Ausländerkurs führt den Kanzler in ein gefährliches Dilemma“ Dass sie künftig als Dissidentin ausgerechnet in Nehammers Heimatstadt im Wiener Gemeinderat

„die wahren Werte“ vertreten will, lässt den Parteichef schon jetzt alt aussehen.

Dahinter steckt ein Dilemma, das Nehammer von Vorgänger Sebastian Kurz geerbt und in keiner Weise aufgelöst hat. Denn wenn es unter Kurz eine Neuausrichtung gegeben hat, dann die des verschärften Ausländerkurses ohne Scheu vor jeglichem Populismus. Türkis konnte so der FPÖ Wähler abspenstig machen, um danach eine inhaltlich barrierefreie Koalition einzugehen. Nach Ibiza holte Kurz die viel kleineren Grünen (Motto: „Das Beste aus beiden Welten“) in die Regierung, ohne diese Linie ändern zu müssen.

In der Zwischenzeit ist Kurz Geschichte. Die zurückgelassene Korruptionsdebatte um die ÖVP hat allerdings die Geschäftsgrundlage verändert. Nehammer sieht sich mit einem Juniorpartner konfrontiert, der längst nicht mehr auf Gedeih und Verderb am Rockzipfel der Kanzlerpartei hängen will. Im Wissen, dass die ÖVP vorzeitige Neuwahlen am allermeisten fürchten muss, haben sich die Kräfteverhältnisse verschoben.

Nehammer muss deshalb nicht nur in der Klimapolitik Zugeständnisse machen und vor allem seinen Wirtschaftsflügel beschwichtigen. Auch beim Ausländerthema will er die Geduld der Grünen nicht überstrapazieren. Was jene in der ÖVP, die deshalb weitere Wählerverluste an die FPÖ befürchten, in die innere Opposition treibt. Und das ist für den Kanzler eine explosive Mischung.

✉ l.mayringer@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Verlieren wir den Wirtschaftskrieg?

Jüngste Schätzungen gehen davon aus, dass Russland aufgrund der Wirtschaftssanktionen in diesem Jahr 100 Milliarden an Wirtschaftsleistung (sechs Prozent des BIPs) verlieren wird. Noch vor wenigen Wochen erwartete man allerdings einen mehr als doppelt so starken Einbruch – Russland leidet, hat es aber verstanden, die Wirkung der Sanktionen geschickt zu lindern.

Festhalten lässt sich auch, dass die Sanktionen die primäre Zielsetzung nicht erfüllt haben: einen direkten Einfluss auf den Kriegsverlauf zu nehmen. Die kurzfristigen Kosten der Sanktionen für uns Eu-

ropäer sind in absoluten Zahlen gesprochen sicher höher als die 100 Milliarden Euro. Nimmt man an, dass das Wirtschaftswachstum in der Eurozone um zwei Prozent geringer ausfällt als vor dem Krieg, dann würde dies allein schon weit mehr als 200 Milliarden Euro ausmachen. Dazu kommt der Kaufkraftverlust des Euros durch die hohe Inflation, die schuldenfinanzierten Antiteuerungspakete etc.

Fairerweise müsste man nun aber auch die potenziellen Früchte der Sanktionen gegenrechnen, denn vielleicht tragen diese langfristig dazu bei, dass der Krieg (früher) beendet wird und wir Frieden

und Freiheit langfristig sichern. Dieser Aspekt ist wirtschaftlich schwer in Zahlen zu fassen, aber genauso wichtig. Kurzum lässt sich jedenfalls sagen, dass die absoluten Kosten für uns höher sind als für Russland, relativ zu unserer Wirtschaftskraft aber geringer.

Zu wenig durchdachte Strategie

Diese Rechnung kommt dann ins Wanken, wenn der Wirtschaftskrieg eskalieren sollte. Wenn Putin den Gashahn komplett zudreht, steigt unser kurzfristiger Schaden auch relativ zu unserer Wirtschaftsleistung sehr stark an. So gesehen zahlen wir ab jetzt jeden-

falls den höheren wirtschaftlichen Preis einer weiteren Eskalation des Wirtschaftskrieges. Nicht die Sanktionspolitik per se ist damit zu kritisieren, sondern die offensichtlich wenig durchdachte Sanktionsstrategie.

Dass sich die Energieminister im September zu einer Notfallsitzung treffen müssen, bei der zudem kein Resultat herauskommt, ist besonders – ein Plan für eine nicht ganz so überraschend eingetretene Situation fehlt offensichtlich.

Eine Mehrheit der Bevölkerung will auch in Österreich hinter den Sanktionen stehen, aber wohl nur dann, wenn die europäische Füh-

rung dabei den Eindruck vermittelt zu wissen, was sie tut, um auf die Züge des Gegners vorbereitet zu sein. Militärisch ist die Ukraine Russland unterlegen, hat aber von Anfang an durch cleveres Agieren grandios gegengehalten. Im aktuellen Wirtschaftskrieg scheinen die Rollen umgedreht.

Russland agiert vor der ökonomischen Übermacht der Eurozone geschickt, wir Europäer scheinen aber eher planlos und wirr. So gewinnen wir diesen Krieg nicht.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Assetmanagement an der Linzer Johannes Kepler Universität.